

Barer Unsinn 100.000 Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge: 2 Das Vorhaben von Andrea Nahles ist gescheitert. Interview	Klare Kante Renten, Arbeitszeit und Kampf gegen 3 Neonazis: Die Kundgebungen zum 1. Mai. Von Markus Bernhardt	Neuer Favorit Frankreich: Der linke Kandidat 6 Jean-Luc Mélenchon hat bei Präsidentenwahl gute Chancen	Böse Falle Niederlande: US-Konzern PPG will 9 Farbenhersteller Akzo-Nobel übernehmen. Der sträubt sich
---	---	--	--



CARLOS GARCIA RAWLINS/REUTERS

Venezuela: Chavistas verhindern mit Großdemonstration Angriff auf Regierung. Ausschreitungen von Oppositionellen fordern Todesopfer. **Von André Scheer**

Venezuelas Linke kann noch immer Hunderttausende Menschen auf die Straße bringen. Mit einer Großdemonstration auf der Avenida Bolívar im Zentrum der Hauptstadt Caracas (siehe Foto) und zahlreichen weiteren Kundgebungen in anderen Städten des südamerikanischen Landes beantworteten die Chavistas, wie die Anhänger des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez genannt werden, die Protestaktionen der rechten Opposition und die Einmischung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der US-Administration und rechter Regime des Kontinents. Präsident Nicolás Maduro, der sich mit einer rund anderthalbstündigen Rede an seine versammelten Anhänger wandte, sprach von nicht weniger als drei Millionen Menschen, die »allein in Caracas« den Demonstrationsaufrufen der Regierungspartei PSUV und anderer Bewe-

gungen gefolgt seien. Das war wohl übertrieben – ebenso wie die Behauptung von Oppositionsführer Henrique Capriles Radonski, man habe ebenfalls »Millionen« auf die Straße gebracht. Die Rechtsallianz MUD (Tisch der demokratischen Einheit) hatte ihre Anhänger für Mittwoch zur »Mutter aller Demonstrationen« aufgerufen. Zehntausende Regierungsgegner versammelten sich daraufhin im Osten der Hauptstadt. Obwohl dort die Regierungsanhänger zusammengekommen waren, wollten sie in das Stadtzentrum ziehen. Einheiten von Polizei und Nationalgarde verhinderten mit Barrieren, Tränengas und Wasserwerfern ein Aufeinandertreffen der beiden Lager. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den Beamten und verummten Oppositionellen. Auf Videos ist zu sehen, wie die Militanten von Parlamentariern dirigiert werden. So forderte

Freddy Guevara von der Rechtspartei Voluntad Popular (VP, Volkswille) die Maskierten auf, in die »zweite Reihe« der Demonstration zu kommen, »um die Abgeordneten zu verteidigen und die Granaten zurückzuwerfen«. Da ihnen der Weg in das Stadtzentrum versperrt blieb, attackierten die Straßenkämpfer Behörden und Geschäfte. Auch in anderen Bundesstaaten Venezuelas kam es zu Ausschreitungen. So wurde in Zulia die Zweigstelle des Wohnungsbauministeriums geplündert und in Brand gesteckt, auf der Insel Margarita zündeten Regierungsgegner ein Amtsgebäude an. Medienberichten zufolge wurden bis zu 300 Personen festgenommen. In San Antonio de los Altos, einem Vorort von Caracas, wurde ein 28-jähriger Angehöriger der Nationalgarde von Heckenschützen erschossen, als die Beamten eine Barrikade räumten.

Für zwei weitere Todesfälle machte die Opposition Sicherheitskräfte oder Regierungsanhänger verantwortlich. In Caracas wurde ein 17-jähriger so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus starb. Einem Bericht der unabhängigen Tageszeitung *Últimas Noticias* zufolge hatte er jedoch nichts mit der Oppositionskundgebung zu tun, sondern wurde offenbar Opfer eines Raubmordes. Der Täter hatte es wohl auf sein Motorrad abgesehen. In San Cristóbal nahe der Grenze zu Kolumbien starb eine junge Frau. Zunächst hieß es, sie sei aus einer Gruppe von Motorradfahrern heraus erschossen worden. Später wurde jedoch ein Anwohner festgenommen, der die Tat gestanden haben soll. Er habe auf die Biker geschossen, weil er sich von diesen bedroht gefühlt habe. Dabei sei die unbeteiligte Frau getroffen worden.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Kein Flächentarifvertrag in Kontraktlogistik

Frankfurt am Main. Die Tarifverhandlungen für industriennahe Logistikunternehmen sind gescheitert. Das Ziel, einen bundesweit geltenden Flächentarifvertrag durchzusetzen, konnte die Industriegewerkschaft Metall nicht verwirklichen, wie sie am Donnerstag mitteilte. »Ein Tarifvertrag hätte in dieser Branche für klare, stabile Verhältnisse gesorgt. Jetzt werden die Auseinandersetzungen in den Betrieben der Kontraktlogistik weitergehen«, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, am Donnerstag in Frankfurt nach der Sitzung der zentralen Tarifkommission. Die Gewerkschaft und der »Deutsche Speditions- und Logistikverband« sowie der »Arbeitgeberverband Gesamtmetall« hatten sich in der vierten Verhandlungsrunde ohne Ergebnis getrennt. Knackpunkt waren laut IG Metall die Reichweite der Tarifverträge, die Verbindlichkeit und die Höhe der Entgelte für die Beschäftigten. Hier sei das Angebot nicht akzeptabel gewesen. (jW)

Freibrief für Erdogan

Türkei: Wahlkommission weist Klagen zurück. Repression gegen unabhängige Medien

Die oberste Wahlkommission YSK der Türkei wies am Mittwoch alle Einsprüche von Oppositionsparteien und Privatpersonen gegen das Ergebnis des Verfassungsreferendums vom Sonntag zurück. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Abstimmung über die Einführung einer Präsidialdiktatur mit 51,4 Prozent knapp gewonnen. Aufgrund zahlreicher Manipulationen hatten die linke und prokurdische HDP, die kemalistische CHP sowie die nicht im Parlament vertretene na-

tionalistische Vaterlandspartei die Annullierung des Wahlergebnisses gefordert. Nur ein Mitglied der elfköpfigen Wahlkommission unterstützte nach Angaben der Tageszeitung *Hürriyet Daily News* die Anträge der Opposition. HDP und CHP hatten für den Fall der Ablehnung ihres Antrages den Gang vor das türkische Verfassungsgericht sowie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angekündigt. Doch Justizminister Bekir Bozdag erklärte am Donnerstag, dass diese Gerichte keine Zuständigkeit in dem Fall hätten.

Auch am Mittwochabend demonstrierten den dritten Tag in Folge Tausende Menschen gegen den Wahlbetrug sowie das autoritäre Regime von Präsident Erdogan – vor allem in den säkular orientierten Metropolen. In den konservativen Kerngebieten Anatoliens, deren Bewohner Erdogans Pläne mit großer Mehrheit unterstützt hatten, blieb es dagegen ruhig – ebenso wie in den kurdischen Landesteilen, obwohl in letzteren mehrheitlich mit Nein votiert worden war. Die Masse der durch die Regierungspartei AKP gleichgeschalte-

ten Medien ignorierte die Demonstrationen. Doch über soziale Netzwerke fanden Videos der Proteste Verbreitung. Am Donnerstag stürmte die Polizei die Redaktion des unabhängigen linken und gewerkschaftlichen Nachrichtenportals *Sendika.org*. Der Herausgeber der Website, Ali Ergin Demirhan, wurde unter den Vorwürfen festgenommen, er habe das Ergebnis des Referendums als illegitim bezeichnet, über soziale Medien zu Protesten aufgerufen und sich dadurch der Volksverhetzung schuldig gemacht. **Nick Brauns**

jW wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg

